

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Bernsprachstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 131.

Freitag, 9. Juni 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen sowie am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Ausgabe-Klausur für die Nummer des Ausgabedates bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewicht.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rastartenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Infolge eines Reparaturbaues an der Unterführung des von Bischofshain nach Leutzsch führenden Communicationsweges unter der Leipzig-Dresdner Staatsbahn ist dafelbst ein Gerüsteinbau vom 12. dieses Monats ab auf die Dauer von ohngefähr 14 Tagen nötig, welcher die lichte Durchfahrtshöhe auf 2,5 m beschränkt.

Königliche Amtshauptmannschaft Großenhain

am 8. Juni 1893.

v. Willst.

Tn.

C. 2174.

Die öffentlichen Lasten.

Professor Hiltner in Jena hat eine Schrift unter dem Titel "Die öffentlichen Ausgaben der größeren europäischen Länder nach ihrer Zweckbestimmung" erschienen, die einen möglichst genauen Nachweis über die Höhe der Steuerlasten und die Verwendung der Staatsauskünfte in verschiedenen europäischen Staaten erbringt.

Es ist daraus zu entnehmen, daß die Landesausgaben pro Kopf der Bevölkerung betrugen: In Preußen (die Reichsausgaben und Zölle sind anteilig mit in Rechnung gezogen) 88,18, in Österreich 71,28, in Italien 63,87, in Frankreich 94,60, in Großbritannien 82,62, in Russland 35,65 Pf. Diese Ausgaben stellen jedoch keineswegs die Summe der Steuerbelastung dar, denn einen Factor von großer, allerdings in den einzelnen Staaten sehr verschiedener Bedeutung bilden die Einnahmen-Ueberschuss-Betriebe, d. h. die Ueberschüsse aus staatlichen Domänen, Forsten und Bergwerken.

Was an Staats- und Kommunalsteuern, sowie sonstigen Abgaben und Kosten aufgebracht wird, macht auf den Kopf der Bevölkerung in Preußen 32,40, in Österreich 46,29, in Italien 50,66, in Frankreich 77,44, in Großbritannien 60,53, in Russland 23,44 Pf. aus.

Die vom Staat gemachten Ausgaben für Staatschulden betragen auf den Kopf der Bevölkerung in Preußen 10,08, in Österreich 21,33, in Italien 18,16, in Frankreich 22,08, in Großbritannien 14,86, in Russland 9,80 Pf. Die vom Staat gemachten Ausgaben für Landesverteidigung betragen auf den Kopf der Bevölkerung in Preußen 13,52, in Österreich 7,88, in Italien 9,30, in Frankreich 20,02, in Großbritannien 16,73, in Russland 9,31 Pf.

Zieht man diejenigen Staats- und Kommunalabgaben in Betracht, die dem einzelnen Steuerzahler nicht zur Last fallen, also die Bezüge aus Domänen, Forsten, Bergwerken oder anderen öffentlichen Betrieben, so bleibt eine reine Steuerlast zur Belastung der Staatschulden auf den Kopf der Bevölkerung zu tragen: in Preußen 5,73, in Österreich 9,04, in Italien 13,73, in Frankreich 17,53, in Großbritannien 13,78, in Russland 6,10 Pf. Der Beitrag des einzelnen Staatsbürgers für die Landesverteidigung beträgt in Preußen 6,35, in Österreich 5,78, in Italien 6,37, in Frankreich 16,90, in Großbritannien 15,52, in Russland 5,80 Pf.

Bei dieser Berechnung ist gleichmäßig der Prozentsatz zu Grunde gelegt, den von den Staatsausgaben die Ausgaben für Staatschulden und für Landesverteidigung beanspruchen. Die leicht angeführten Ziffern sind für Preußen infsofern zu korrigieren, als der einzige Preuße für den preußischen Anteil an den Staatschulden nichts in Steuern bezahlt und nur der auf Preußen entfallende Ausgabebetrag für Belastung der Reichsschulden ihn mit 1,19 Pf. pro Kopf belastet. Die Gesamtsumme aller Verpflichtungen des preußischen Staates hat nämlich am 1. April 1891 6 050 796 646 Mark 31 Pfennig betragen, abgesehen von 752 298 Mark 57 Pfennig an Renten. Zur selben Zeit hatte der Gesamtbetrag aller Auswendungen für das Staatseisenbahnen die Summe von 6 173 323 449 Mark 98 Pfennig erreicht. Die Gesamtsumme der Verpflichtungen des Staates war also zu jenem Zeitpunkt schon durch den Wert des Staatseisenbahnen gedeckt, und der Besitz an Domänen, Forsten und Bergwerken völlig schuldenfrei. Ein solcher glänzender Vermögensstand hat kein anderer größerer Staat auch nur annähernd aufzuweisen.

Über die absolute Größe der Staatschulden in Preußen (Deutschland), Frankreich und Russland, wieviel von denselben auf den Kopf der Bevölkerung fällt, wieviel in absoluter Summe von den Staatschulden für friedliche

und wieviel für kriegerische Zwecke aufgenommen worden ist, ebenso über das Prozentsverhältnis der Verwendungszwecke, giebt nachfolgende Zusammenstellung Auskunft: An Staatschulden waren 1892 vorhanden (alles in Reichsmark umgerechnet) in Preußen (zugleich des auf Preußen entfallenden Anteils an der Reichsschuld) 6 954 Millionen, in Frankreich 2531 Millionen, in Russland 11159 Millionen oder auf den Kopf der Bevölkerung in Preußen 227, in Frankreich 658, in Russland 118 Pf.

Diese Schulden sind entstanden 1) durch kriegerische Rücksichten und zwar in Preußen im Betrage von 875 Millionen, in Frankreich 13260 Millionen, in Russland 6982 Millionen, 2) durch Kultur-Ausgaben in Preußen 6079, in Frankreich 12056, in Russland 4177 Millionen. Es entfallen mithin von den Schulden für kriegerische Zwecke in Preußen 12,4 Prozent (87,1 Prozent auf Kulturzwecke, besonders Erwerb der Eisenbahnen) in Russland 52,3 Prozent (friedliche Zwecke 47,7 Prozent), in Frankreich: kriegerische Zwecke 62,6 Prozent, friedliche Zwecke 37,4 der gesamten Staatschulden.

Man er sieht daraus wenigstens, daß Preußen-Deutschland bei weitem nicht so schlecht bestellt ist, wenngleich auch in Betracht zu ziehen bleibt, wie ein Volk in seiner Industrie und in seinem Handel entwickelt ist, um die ihm aufgelegten Kosten tragen zu können.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Aus dem jetzt vorliegenden endgültigen Finanzabschluß der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für das am 31. März 1893 beendigte Haushaltsjahr ergibt sich im ordentlichen Haushalt ein Überschuss der Einnahme über die Ausgabe von 24 598 073 Pf. das ist gegen das Vorjahr mehr 2 765 251 Pf. und gegen den Voranschlag mehr 3 375 140 Pf.

Eine Erklärung von 52 angesehenen Katholiken Rheinlands zu Gunsten der Militärvorlage bringt die "K. Volks-Ztg." Die Unterzeichner tadeln das Verhalten der Zentrumsfraktion im Reichstag als unpolitisch und verwahren sich gegen ein Verlassen der konserватiven Ueberlieferungen der Partei, wollen sich jedoch nicht vom Zentrum lösen.

Der Bund für Bodenbesitzreform beschlägt, seine Sonderkandidaturen für Berlin zurückzuziehen, es den einzelnen Mitgliedern anheimgebend, den ihnen sonst nächststehenden Kandidaten zu wählen. Es werden dies Kandidaten aller Parteien sein, da die Bodenbesitzreformer Konervative, Nationalliberale, Freisinnige und Zentrumslute zu Mitgliedern zählen.

Die Würtheilung, daß die mecklenburgische Rechtspartei auf einen erhaltenen Wink von der deabschaffenden Aufstellung eigener Reichstags-Kandidaten absehen würde, scheint sich nicht zu bestätigen, denn das Parteidorgan bringt die Namen der aufgestellten Kandidaten.

Der "Reichs-Anz." veröffentlicht eine königliche Verordnung betr. die Auseinandersetzung zwischen dem Staat und der Gemeinde Helgoland hinsichtlich der Grundstücke des bisherigen Helgoländer Gemeinewesens. Die Hauptbestimmung der Verordnung ist folgende: Die Grundstücke des bisherigen helgoländer Gemeinewesens werden, soweit sie im Oberlande der Insel belegen sind, dem preußischen Staat, soweit sie im Unterlande liegen, nebst der Düne und der Außenbank der Gemeinde Helgoland mit bestimmt verzeichneten Ausnahmen und Nebenbestimmungen zum Eigentum übertragen.

Die Verlogenheit der demokratischen Wahlblätter aller Schattirungen veranlaßt den "Reichs-Anzeiger" wenigstens die am häufigsten wiederkehrenden falschen Behauptungen im Einzelnen kurz richtig zu stellen. Diese Richtigstellung nimmt beinahe zwei Spalten des amtlichen Blattes ein, ein Beweis, wieviel auf jener Seite gelogen wird.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung der Königlichen Amtshauptmannschaft wird wegen grundhafter Herstellung der Communicationsweg von Weida nach Oelsitz vom 12. Juni dieses Jahres am bis auf Weiteres für alle Fahrverkehr gesperrt, und letzterer inzwischen über Pausing verweist.

Weida, den 7. Juni 1893.

Schlag. G.-S.

Vie uns ein Drahtbericht aus Münster meldet, veröffentlicht der Frhr. von Schorlemer-Alst eine lange Erklärung, worin er die Ablehnung des Antrags Huene als schädlich für unsere Wehrkraft und bedenklich für die Erhaltung des Friedens beklagt. Gerade die Landbevölkerung, welche die meisten Heerdienstpflichtigen stelle, sei der Einführung der zweijährigen Dienstzeit und der Erleichterung der älteren Landwehr wesentlich interessiert. Der Zentralantrag des Dr. Vieber bedeute dagegen eine Verschärfung unserer Wehrkraft, der Antrag Huene widerspreche auch keineswegs der Resolution Windthorst. Der bewaffnete Friede sei immerhin billiger, als der Krieg. Im Hinblick auf die bedrohte Lage des Vaterlands, zur Wahrung der Ehre, Größe und Unvergleichlichkeit des Deutschen Reiches und vor Allem auch im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung, welche des Friedens bedürfe, wünsche und hoffe er die Annahme des Antrags Huene.

Die Verehrer des Fürsten Bismarck in Thüringen haben für Ende Juni eine Huldigungsfahrt nach Friedrichsruh geplant. Man will dem Fürsten den Dank für die Tage in Jena durch einen Gegenbesuch abflatten.

Kürzlich wurde in der Presse berichtet, daß Einrichtung Möbel, Kleider usw. Dörres, des Erfinders der "Jugendsicherer Uniform", zwangsweise unter den Hammer gekommen seien. Ein Beauftragter des Herrn Dörre erzählt die "Straß. Post" jetzt zur Aufnahme folgender Richtigstellung: "Es ist unwahr, daß das dem Genannten in Mannheim versteigerte Mobiliar im Zwangsweg veräußert worden ist, vielmehr war die Versteigerung eine freiwillige und erfolgte auf Wunsch des nach Berlin verzogenen Herrn Dörre."

Der Reichscommisar Peters erklärt in der deutschen Warte alle Nachrichten über den Tod Emin Pashas für falsch.

Auf der Begrüßungsversammlung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in München hielt Prinz Ludwig von Bayern folgende Ansprache: "Ich hatte geglaubt, es würden heute keine Reden gehalten werden. Nachdem aber meiner Person in dem letzten Topte gedachte wurde, so will auch ich einige Worte zu Ihnen sprechen. Der Herr Justizrat hob in seiner Rede mein Interesse hervor, das ich besonders für die Landwirtschaft habe. Ich verwalte ja auch seit 18 Jahren ein Gut in eigener Regie, und wenn mich die Herren am Montag besuchen werden, werden sie sehen, was man aus einem schlechten Gut machen kann. Wie die Lage jetzt ist, kann man nicht mehr von einem Stand als solchem reden. Sie gehen ineinander über. Die Verbindung der Industrie mit der Landwirtschaft ist unbedingt notwendig. Diese Verbindung ist auch dem kleinen Landwirt möglich zu gewerkstelligen durch Vereinigung der kleinen Landwirte unter sich auf dem Wege der Genossenschaften u. s. w. Bayern kann in dieser Hinsicht manchen Fortschritt aufweisen. Es wird viel von einem Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft gesprochen. Es wird die Einführung von Böllen gewünscht. Nun ist es ja gut, wenn der einzelne Stand für seine Produkte mit Böllen geschützt zu sein verlangt. Aber es ist unsere Aufgabe, die Mittel zu finden, wie jeder bestehen kann und keiner zu kurz kommt! Es ist ein Ausgleich zu suchen und zu finden. Es dürfen nicht Stände, nicht das Land begünstigt werden, sondern es muß das Wohl der Allgemeinheit hochgehalten werden. (Lebhafte Beifall.) Gute Grüne ich denn auf alle Stände, und alle Stände sind vertreten in dem deutschen Reich! (Enthusiastischer, langanhaltender Beifall und stürmische Beifall.)

Schweiz. Der schweizerische Nationalrat stimmt dem Beschuß des Bundesrats zu, durch den die Einführung der mitteleuropäischen Sonnenzeit durch den Bundesrat vorausgesetzt wird und zwar mit 57 gegen 41 Stimmen.

Spanien. Es wurde kürzlich berichtet, daß die Königin-Regentin von Spanien ihre Ziviliste selbst um eine